

## Erklärung zum Tag der Befreiung – für einen Feiertag zum 8. Mai

*„Ein Europa des Humanismus, der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit war am 8. Mai 1945 geträumt worden. Ein Europa ohne Mörder und Opfer, wo niemand wegen seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seines Andersseins, seiner Religion und Weltanschauung diskriminiert und verfolgt werden darf, wo die Würde des Menschen unantastbar bleibt, ein Europa der Freiheit, Freiheit von Hunger, Freiheit von Arbeitslosigkeit, Freiheit von Wohnungslosigkeit, Freiheit vom bloßen Geschwätz über Freiheit, Freiheit von denen, die im Griff nach der Weltmacht in einem halben Jahrhundert zweimal die Welt in Brand gesetzt hatten, Freiheit von der Angst, jemals wieder vom Faschismus und Krieg bedroht zu sein. Im Widerstand gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg lebte dieses Europa.“*

Peter Gingold,

„Nach 50 Jahren – Wünsche Überlebender des Widerstands“, 1995

Der 8. Mai 1945 besiegelte den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das faschistische Deutschland.

Mit militärischer Gewalt und unter größten Opfern – insbesondere der Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug – wurde die bedingungslose Kapitulation erzwungen. Dieser Sieg über den Faschismus ist eine Befreiung und Anlass zum Feiern: Wir treten deswegen dafür ein, dass der 8. Mai zum Feiertag wird.

### **Die Geschichte mahnt: Nie wieder!**

Der deutsche Faschismus bedeutete einen ungeheuerlichen Zivilisationsbruch, der in der Shoah gipfelte, dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, und im Porajmos, dem Völkermord an den europäischen Sinti und Roma.

Für die Verfolgten und die Überlebenden in den KZs, den Vernichtungsanstalten und in der Illegalität – Jüdinnen und Juden, Roma, Sinti, Kriegsgefangene, Widerstandskämpfer:innen, Deserteure, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Kommunist:innen, Gewerkschafter:innen, Sozialdemokrat:innen, Christ:innen, sogenannte „Asoziale“ und „Volksschädlinge“ – war der 8. Mai der Tag der Befreiung. Sie entkamen der Vernichtung.

Auch für die übergroße Mehrheit der Menschen in Europa brachte die Niederlage des Faschismus Befreiung und Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Zukunft.

Es ist wahr, dass die große Mehrheit der Deutschen den 8. Mai als Tag der Niederlage empfand. Nicht nur die fanatisierten Nazi-Täter:innen, nicht nur die Eigner:innen der Konzerne, die von der Gleichschaltung, der Zwangsarbeit – d.h. der Vernichtung durch Arbeit – und den Eroberungskriegen profitierten. Millionen Deutsche, normale Menschen, haben sich an den Verbrechen aus eigenem Antrieb oder Gehorsam beteiligt, viele von den Enteignungen in Deutschland und den besetzten Ländern profitiert. Andere hatten sich weggeduckt, erlebten die Niederlage als Verlust und sahen sich als Opfer. Es vergingen Jahrzehnte, bevor sich größere Teile der Gesellschaft mit den faschistischen Verbrechen und den Erfahrungen und Perspektiven der ehemals Verfolgten und der Widerstandskämpfer:innen zu befassen begannen.

Auch wahr ist: Die Befreiung gelang in einem großen Bündnis von Humanist:innen – Liberalen, Konservativen, Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen aus vielen Ländern der Welt und unter großen Opfern. Sie hatten die Kraft, die Nazi-Barbarei, mit der die kapitalistischen Eliten Deutschlands große Profite machten, niederzuringen und Grundlagen für eine bessere Weltordnung zu legen: Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ wurde verabschiedet und eine globale Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen sollte geschaffen werden. In der BRD sind aus der Erfahrung mit der Nazibarbarei im Grundgesetz die Unantastbarkeit der Menschenwürde, das Verbot von Angriffskriegen, die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, das Sozialstaatsgebot bis hin

zu der Möglichkeit, mächtige Wirtschaftsinteressen durch Vergesellschaftung zu überwinden, als (Rechts)Ansprüche an ein menschenwürdiges Leben für Alle formuliert worden.

Für uns ist der 8. Mai nicht nur ein Tag des Gedenkens und der Erinnerung. Sondern ein Tag, an dem wir uns immer wieder neu der Verpflichtung bewusstwerden, aus dem Faschismus und seinen Menschheitsverbrechen sowie dem Humanismus des solidarischen, internationalistischen Widerstands Lehren für die Kämpfe der Gegenwart zu ziehen sowie die nicht in Gänze eingelösten Ansprüche aus der Nachkriegsordnung – an ein „Morgenrot der Menschheit“ (Gingold) – einzufordern. Der 8. Mai muss – wie Esther Bejarano und die VVN-BdA nicht müde werden einzufordern – ein offizieller Feiertag des tätigen Erinnerns werden.

### **Menschenrechte!**

Die Menschenrechte sind unteilbar - das ist eine zentrale Schlussfolgerung, die die Weltgesellschaft aus Faschismus und Krieg, aus der totalen Entrechtung von Millionen Menschen und ihrem Ausschluss aus der Gesellschaft bis hin zu ihrer Vernichtung zog. Von der Umsetzung sind wir noch weit entfernt, auch und nicht zuletzt in den reichen europäischen Ländern.

In den Lagern von Moria und an anderen Orten an den Grenzen der Festung Europa versinken Geflüchtete, ausgestoßen von der Welt, in Hoffnungslosigkeit. Die Kapitalismus-gemachte Klimakrise spitzt sich zu, Gesundheit wird zur Rettung der privaten Eigentumsverhältnisse und für den Profit der Pharma-Industrie geopfert. In Hamburg wurden Obdachlose dem Kältetod ausgeliefert, wird das Recht auf Wohnen von der Bewältigung einer Stufenleiter von Voraussetzungen abhängig gemacht. Die Corona-Pandemie hat die strukturelle Armut bloßgelegt, die die kapitalistische Wirtschaftsstruktur hervorbringt und die neoliberale Politik durch Aushöhlung der Sozialsysteme verstärkt. Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres spricht von einer „Pandemie der Menschenrechtsverletzungen“, die wir als Menschheit nur international kooperativ beenden können.

**Als LINKE kämpfen wir für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Teilhabe aller Menschen und für eine solidarische Gesellschaft auf Grundlage einer menschlichen, demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung, eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt und niemanden zurücklässt. „Leave no one behind!“**

### **Solidarischer Antifaschismus!**

Der Einzug der AfD in die Parlamente hat Rassismus, Antisemitismus, anti-egalitäre Vorstellungen, Nationalismus, völkisches Denken, Geschichtsrevisionismus und alle Spielarten des Ressentiments und der Diskriminierung in der Gesellschaft verstärkt. Sie verschiebt das gesellschaftliche Klima nach rechts, treibt die Entsolidarisierung der Gesellschaft voran und fördert die Verbreitung von Hass und Angriffe auf die Menschenwürde.

Neonazistische Gewalttaten bis hin zu Terror und Mord nehmen bedrohlich zu. In den bewaffneten staatlichen Organen vernetzen sich extrem rechte Kräfte.

Das und die Weigerung der Verantwortlichen, strukturellen Rassismus in der Polizei und anderen staatlichen Institutionen zu bekämpfen, führen zu Unsicherheit und Einschüchterung.

Diese Entwicklung muss durch solidarische Unterstützung aller von Diskriminierung, Hass und Gewalt Bedrohten und Betroffenen, durch Aufklärung und Kritik und durch konsequentes antifaschistisches Handeln gestoppt werden. Keinen Fußbreit dem Faschismus. Dies auch gegen alte und neue Versuche, unter die faschistische Vergangenheit einen Schlusstrich zu ziehen bzw. sie als „Vogelschiss“ (Gauland) abzutun, um heutige imperialistische Interessen unverblümter durchzusetzen. Gegen das Verschleiern der kapitalistischen Ursache von Ausbeutung und Entfremdung durch das Schaffen von Sündenböcken.

29. April 2021

Wir weisen die spaltende und den Faschismus verharmlosende Hufeisentheorie, die Gleichsetzung von links und rechts, von Antifaschismus und Faschismus, die u.a. von den Inlandsgeheimdiensten immer wieder befeuert wird, entschieden zurück.

**Aus den Niederlagen des antifaschistischen Kampfes vor 1933 und der 1945 gelungenen Befreiung lernen wir, wie dringend notwendig die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte gegen die Gefahr von rechts ist. Dafür kämpfen wir. Denn Spaltung wäre der Weg in die Niederlage.**

### **Frieden!**

Über 70 Millionen Menschen wurden in dem von Deutschland und seinen Verbündeten entfesselten Vernichtungskrieg getötet, 26 Millionen allein in der Sowjetunion, über 20 Millionen – fast ausschließlich Zivilist:innen – in China. Nie wieder Krieg! war eine zentrale und von großen Teilen der Bevölkerung getragene Schlussfolgerung. Doch die Herrschenden in der BRD haben längst die nach der Niederlage verhängten Rüstungsbeschränkungen gesprengt, rüsten unablässig auf, die BRD ist Stützpunkt für US-Atomwaffen, schickt die Bundeswehr in Auslandseinsätze und Kriege und befeuert als viertgrößter Waffenexporteur die Konflikte in aller Welt. Dem stellen wir uns aktiv entgegen, aktuell unter anderem durch aktive Unterstützung der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte.

Besorgniserregend und die absehbar größte Gefahr für den Weltfrieden ist die Eskalation der Konflikte zwischen USA/EU und Russland bzw. China in denen die NATO mit den Säbeln rasselt und eigene Macht und Dominanzansprüche zu kaschieren versucht.

**Wir machen uns die Verwirklichung des Schwurs der befreiten KZ-Häftlinge von Buchenwald zur Aufgabe: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ (19.4.1945)**

### **Als DIE LINKE Hamburg kämpfen wir deswegen für:**

- Die Abschaffung des sog. Verfassungsschutzes, die Zerschlagung faschistischer Strukturen überall (auch in der Polizei) und das Verbot von AfD und NPD
- Eine gesellschaftliche Kultur des Internationalismus und der Egalität
- Die vollständige Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl
- Den Austritt der BRD aus der NATO, die Abschaffung der Bundeswehr, den Stopp der Rüstungsproduktion und dem Sofortigen Verbot von Rüstungsexporten.
- Friedliche Beziehungen und internationale Zusammenarbeit weltweit (speziell mit Russland und China) statt Hetze, Sanktionen und Säbelrasseln
- Die Verwirklichung der demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte
- Demokratische Gemeinwirtschaft statt Profitwirtschaft
- Ein würdiges Gedenken zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021
- Die Verwirklichung der Initiative von Esther Bejarano zum 8. Mai als offizieller Feiertag in Land und Bund